

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Gemeinsprechler: Amt Königstadt, Nr. 107a.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postkontonummer Berlin 5388.

Inhalt: Die sozialistische Wirtschaftsweise. — Die Lodzer Textilindustrie. — Arbeitslohn — Warenpreis — Teuerung. — Sozialisierung, ihre Berechtigung, Gefahren und Grenzen. — Richtlinien für die Textilwirtschaft. — Ferien für Textilarbeiter. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen.

Die sozialistische Wirtschaftsweise.

Unter der sozialistischen Wirtschaftsweise ist der Arbeiter nicht mehr von den Produktionsmitteln getrennt; sie gehören zwar ihm persönlich nicht, aber doch auch nicht mehr einem Privatunternehmer oder mehreren Privatunternehmern zusammen, sondern der ganzen Gesellschaft. Jeder Angehörige der Gesellschaft ist mehr oder weniger Produzent (Hersteller) und Konsument (Verbraucher) zugleich. Und alle zusammen sind Eigentümer der Produktionsmittel, d. h. der Arbeitsmittel (Maschinen) und der Stoffe, die auf den Arbeitsmitteln zu verarbeiten sind. In den Besitz der Produktionsmittel kann sich die Gesellschaft einfach durch Enteignung der jetzigen Besitzer bringen. Die Enteignung braucht von der gesetzgebenden Körperschaft nur beschlossen zu werden. Und man kann die Enteignung mit und ohne Ablösung durchführen, d. h., daß man dem Eigentümer entweder sein der Produktion dienendes Eigentum gegen oder ohne Bezahlung abnimmt. Die Bezahlung könnte unterbleiben, ohne daß dem Besitzer unrecht getan würde, sie kann aber stattfinden aus taktischen Erwägungen. Die Gerechtigkeit verlangt die Bezahlung oder Ablösung nicht. Das in den Maschinen und in den Rohstoffen stehende Kapital ist doch nur den Arbeitern entzogener Arbeitsvermögen, gehört also den Arbeitern, welche in den Betrieben der Besitzer länger oder kürzer tätig waren. Wenn sie zugunsten der ganzen Gesellschaft darauf verzichten, so braucht niemand für sein Eigentum entschädigt zu werden. Die Entschädigung des jeweiligen Besitzers (nominell ist das stets der Unternehmer oder die Aktionäre) kann aber die Wirkung haben, daß alle Unternehmer sich bemühen, ihre Betriebe so rentabel wie nur möglich zu erhalten, um, wenn sie ihnen einmal genommen werden, möglichst hohe Preise aus ihnen zu erzielen. Andernfalls würde ein Unternehmer, der stets damit rechnen mußte, daß er ohne Entschädigung enteignet würde, den Betrieb vernachlässigen. Die ihn übernehmende Gesellschaft wäre dann vielleicht mehr geschädigt, als wenn sie eine nicht übertriebene Ablösung gezahlt hätte. Zudem wird aus Gerechtigkeitsgründen in jedem einzelnen Fall der Enteignung zu prüfen sein, ob der nominelle Besitzer eine einzelne Privatperson oder eine Vereinigung solcher ist. Der einzelnen Privatperson kann man das Eigentumsrecht nicht so leicht streitig machen, wie einer Vereinigung solcher Personen, denn der Kollektivbesitz hat schon eine gewisse Ähnlichkeit mit dem erstrebten Gesellschaftsbesitz, ist also schon sozusagen in gewissem Maße, zu was man ihn machen will; ein größerer Personenkreis ist schon mehr oder weniger identisch mit Gesellschaft, und es ist nicht zu verlangen, daß die Gesellschaft für sich ein Gut erstehen soll von einer Personenvereinigung, die selbst schon einen erheblichen Teil der Gesellschaft bildet. Wenn es schon ein Unrecht wäre, einem Privatunternehmer sein Eigentum ohne Entgelt zu nehmen, so wäre es kaum noch als Unrecht anzusehen, wenn ein großes Aktienunternehmen so enteignet würde. Doch wir sagten ja schon, daß wir in der Enteignung ohne Ablösung überhaupt kein Unrecht sehen können und daß nur taktische Erwägungen und solche der Zweckmäßigkeit entscheiden sollten, ob ein enteigneter Betrieb abzulösen ist oder nicht.

Doch das sind ja alles Fragen, die von denen zu beantworten sein werden, die die Umwandlung der individuellen Wirtschaftsweise in die sozialistische durchzuführen haben werden. Uns interessiert weniger, wie diese Umwandlung durchgeführt wird, als daß sie überhaupt vorstatten gehe. Das Wohl der Arbeiterschaft erfordert es.

Lange hat die Arbeiterschaft des Zeitpunktes geharrt, wo die Industrie in großem Maße technisch und wirtschaftlich so entwickelt sein würde, daß ihrer Sozialisierung nichts mehr im Wege stände. Dieser Zeitpunkt war schon lange erreicht, doch die Möglichkeit zur Ausführung fehlte noch. Sie wurde durch die Revolution geschaffen. Diese war nicht nur eine politische, sondern auch, weil mit den politischen erledigten Mächten auch die politischen Sachwalter des Kapitals fielen, auch eine soziale. Und wie die Demokratie (die Volksherrschaft) über die Autokratie (die Selbstherrlichkeit) siegte, so siegte auch die Volksmacht über die Geldmacht. Der Sieg der Volksmacht über die Geldmacht war ein so vollkommener, daß Vertreter dieser erklärten, der Sozialismus müsse nicht nur deshalb errichtet werden, sondern auch, weil das halb-bankrotte Reich seinem gänzlichen finanziellen Ruin nur durch den Sozialismus aus dem Wege gehen könne. Kein Zweifel, hätte man damals von Regierung wegen sozialisieren wollen, der Widerstand im Lager der Kapitalisten wäre nur ein sehr geringer gewesen.

Doch damals wollte man noch nicht sozialisieren, weil man mit der politischen Neuorganisation noch zu sehr beschäftigt

war, als daß man auch gleichzeitig an die wirtschaftliche und soziale Neuorganisation sich herangewagt hätte, und dann wollte man auch nicht ein halb-bankrottes Wirtschaftswesen sozialisieren. Das hätte sehr leicht Enttäuschungen bringen können, die den Wert der Sozialisierung recht fragwürdig gemacht hätten. Viele Unternehmen deckten ihre Ausgaben nicht mehr durch die Einnahmen, wie z. B. die Kohlengruben; die Werke setzten zu, in der Hoffnung, später würden sich Ausgaben und Einnahmen wieder besser miteinander in Einklang bringen lassen. Hätte man die Kohlenwerke gleich sozialisiert, so hätten sie sich durch sich selbst halten müssen, d. h. ihre Ausgaben hätten sich durch die Einnahmen decken müssen. Sollte das aber geschehen, hätte man die Kohle noch erheblich mehr verteuern oder die Arbeitslöhne, die man wiederholt erhöhen mußte, wieder herabsetzen müssen. Weder das eine noch das andere erschien angängig. Durch das andere hätte man den Sozialismus in Mißkredit gebracht. Also vertagte man die Sozialisierung der Kohlengruben noch. Dadurch und daß man überhaupt die Sozialisierung mehr für die Zukunft als für die Gegenwart ins Auge faßte, wiegte man die Kapitalistenkreise, die sich schon mit dem Gedanken der Sozialisierung als mit einer volkswirtschaftlich unumgänglichen Maßnahme vertraut gemacht hatten, wieder in Sicherheit vor der Sozialisierung und sie hoffen nun augenblicklich, es werde wohl die Sozialisierung noch lange auf sich warten lassen, sie hätten sie vorläufig noch nicht zu fürchten. Sie sprechen nun von der Sozialisierung auch nicht mehr als von einer volkswirtschaftlich notwendigen Maßnahme, sondern allenfalls nur von einer solchen, die getroffen werden müßte, um die Arbeiterschaft zu beruhigen, ohne sie aber gleichzeitig zu befriedigen. Da jene Maßnahme die Arbeiter nicht befriedigen würde wie sie glauben, würde es bei den ersten Sozialisierungsversuchen kein Bewenden haben und die rationelle Sozialisierung würde so auf absehbare, vielleicht sogar auf unabsehbare Zeit verschoben werden.

Nachdem nun die Verfassung der Republik Deutschland in Sicherheit gebracht worden ist, die für die Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen also getroffen sind, werden die maßgebenden Kreise sich nun aber mehr mit den Plänen für die Sozialisierung beschäftigen müssen, trotz der Ungunst der Zeitumstände für die Sozialisierung. Wir müssen sozialisieren, damit das Sozialisieren nicht mit der Länge der Zeit in Vergessenheit komme und weil die Entente uns den Handel mit dem Auslande unmöglich machen will. „Die deutsche Textilindustrie“, sagte Prof. Vallo auf unserem Verbandstage, „wird sich sehr schwer erholen können, weil ihr die Beschaffung der Rohstoffe sehr erschwert ist, weil sie die nötigen Kredite im Auslande nicht bekommen wird und weil der Export der fertigen Waren uns stark verbohrt wird. Sollen wir uns nun einfach zum Sterben hinlegen? — Nein, gerade der Ententekapitalismus zwingt uns in seiner Habgier zur Sozialisierung! ... Wir werden die Industrie etwa um den Ausfall des Exports einschränken müssen, die Produktion aber dennoch durch Zusammenlegung von Betrieben und stärkere Förderung von Großbetrieben wieder heben müssen.“ Wir werden also sozialisieren müssen, weil man uns den Weltmarkt streitig macht und uns zwingt, uns mit der Befriedigung des Eigenbedarfs zu begnügen. Wir müssen auch sozialisieren, weil wir den Unternehmerprofit ausschalten müssen, wenn wir unsere finanziellen Verpflichtungen der Entente gegenüber erfüllen sollen. Wir müssen aber auch durch Sozialisierung die Erzeugung von Unternehmergewinn verhindern, weil wir nur auf diese Weise und mit Hilfe der Umgestaltung der Industrie und der dadurch erzielten höheren Ergiebigkeit der Arbeit uns Arbeiter ein Lebensmöglichkeits schaffen können.

Die Textilindustrie ist, wenn nicht im ganzen, so doch in einigen ihrer Zweige, längst reif für die Sozialisierung. Sie wird sich freilich von der Mode unabhängig machen müssen oder vielmehr die Mode selber machen müssen. Sie wird die Produktion mehr vereinheitlichen müssen und kann auf diese Weise „Moden“ schaffen und stabil erhalten. Damit sichert sie sich den Absatz und gestaltet die Produktion ergiebiger, befriedigt die Bedürfnisse der Abnehmer, und schafft sich selber Arbeit und Brot.

Freilich, von einer materiellen Vorsehung der Textilarbeiter durch die Sozialisierung der Textilindustrie wird in vielen Fällen zunächst noch keine Rede sein können. Damit wird sich der Arbeiter aber auch, wie wir glauben, gern abfinden, wenn er weiß, daß es mit der Mehrwertbildung zugunsten von Privatunternehmern ein für allemal vorüber ist und daß jede Erhöhung der Produktion in Zukunft wenigstens ihm zugute kommen muß und daß er im übrigen oder niemals mehr der ökonomischen Knechtschaft, der Lohnknechtschaft verfallen kann. Diese Sicherheit wird ihn mit Enttäuschungen, die ihm die Sozialisierung zunächst bringen kann, auslöschen und er wird alle seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stellen, wissend, daß, je mehr alle zusammen schaffen, um so mehr alle zusammen haben werden, also auch jeder einzelne um so besser sich stehen wird.

Die Sozialisierung — auch der Textilindustrie — muß

also aus verschiedenen Gründen durchgeführt werden, und je eher damit begonnen wird, um so früher wird die Arbeiterschaft zur Ruhe kommen. Sie betrachtet die Sozialisierungsfrage als eine Prinzipienfrage von hoher Bedeutung, die in der Gegenwart ihre Lösung finden muß, um in der Zukunft ihre für die Arbeiter wohltätige Wirkung äußern zu können.

Das, glauben wir, ist der Standpunkt unserer Kollegen. Versetzen sich die maßgebenden Regierungskreise auf ihn, so werden sie einsehen, daß sie mit Rücksicht auf die Textilarbeiter die Sozialisierung der Textilindustrie nicht mehr hinauszuschieben brauchen. Wenn sie sonst keine Rücksichten zu nehmen brauchen, so steht also der Sozialisierung nichts im Wege. Unser Verband verlangt sogar zur Mitarbeit für die Durchführung der Sozialisierung herangezogen zu werden und wird mit seinem Rat dabei gewiß nicht fargen.

Also los! In die Sozialisierung! Wird sie den Arbeitern vorenthalten, werden sie sie sich zu erkämpfen suchen.

Die Lodzer Textilindustrie.

Die bedeutendste und älteste Stätte textilindustriellen Lebens in Polen ist der Lodzer Kanon, umfassend die Stadt Lodz mit ihrem Kreis, ihren Nachbarstädten Zgierz und Bobianice und weiterhin die Städte Tomaszow, Piotrow und Zdunska-Wola, nebst einer ganzen Reihe kleinerer Ortschaften, die alle mit Lodz in der engsten Wirtschaftsgemeinschaft stehen. Was den Lodzer Kanon anbelangt, so ist hier sowohl die Kammgarnspinnerei wie auch die West- und Cheviotgarnspinnerei heimisch, außerdem aber noch die sehr bedeutende Streichgarnspinnerei, die vornehmlich auf Lodz selbst beschränkt ist. Nach F. Bielschowsky (Seite 160 der staats- und sozialwissenschaftlichen Forschungen, herausgegeben von Gustav Schmoller und Max Sering) belief sich im Jahre 1900 die Zahl der Arbeiter, welche in Lodz (ohne Vororte) in der Baumwollindustrie beschäftigt wurden, auf 31 300, während die Wollindustrie 25 500 Arbeiter beschäftigte. Im Lodzer Kanon (ohne Lodz) waren in der Baumwollindustrie tätig 10 200 Arbeiter, in der Wollindustrie 15 000 Arbeiter und in der übrigen Textilindustrie 7400 Arbeiter. Das sind also insgesamt 89 400 Arbeiter. Lodz zählt ungefähr 150 000 Kammgarnspinneln, von denen etwa 130 000 französischen Filialfabriken (übrigens die einzigen Filialfabriken in Lodz) angehören. Man spinnet in Lodz im allgemeinen in Kammgarnen Nr. 20 bis 70, in Zwirnen $\frac{2}{30}$ bis $\frac{2}{70}$, in Cheviotgarnen Nr. 10 bis 32, in Cheviotzwirnen $\frac{1}{12}$ bis $\frac{1}{16}$. (Numerierung nach metrischem System, d. h. Meterzahl nach Kilogramm.) Anders ist die Streichgarnspinnerei organisiert. Sie ist, soweit sie nicht in kombinierten Betrieben eingegliedert ist, in eine Reihe von kleinen Unternehmungen zerstückelt, die wiederum in Lohn- und Verkaufsspinnereien, in Betrieben in eigenen und gemieteten Räumen zerfallen. Heute werden in Lodz etwa 80 Streichgarnspinnereien existieren, davon sind 75 Proz. Lohnspinnereien. Ihre Zahlen schwanken je nach den Schwankungen der Konjunktur. Es gibt unter den Lohnspinnereien Zwergebetriebe bis hinab zu einem Satz, d. h. etwa 800 Spindeln. Die größten unter ihnen in Lodz haben etwa acht, auch sechs Satz (4800 Spindeln), der weitaus überwiegende Teil etwa 4 Satz (3200 Spindeln). Der Typus einer solchen Spinnerei ist etwa der: Der Unternehmer hat eigene Maschinen, die in diesem Falle einen Wert von etwa 27 000 bis 30 000 Rubel repräsentieren werden, mietet aber Raum, Kraft und Licht. Der Mietpreis beträgt etwa 10 000 Rubel jährlich. Die Lodzer Bautätigkeit trägt diesen Zuständen in weitestem Umfange Rechnung; es gibt eine Reihe von Fabrikgebäuden, die an verschiedene Unternehmer geteilt oder ganz abvermietet werden, und wodurch auch diesen kleinen Industriellen die Möglichkeit geboten wird, in modernen und gut ausgestatteten Räumen zu produzieren, und wo weiterhin durch die gemeinsame Benutzung von Licht und Kraft die Heiz- und Beleuchtungsanlagen voll ausgenutzt werden können. Nur so ist es möglich, hier die Spinnerei, die in ihrer komplizierten Technik und ihrer größeren Anlagekosten wegen weit stärker als die Weberei den Großbetrieb zu einem unbedingten Erfordernis macht, in kleinen Betrieben zerstückelt zu erhalten. Selbstverständlich kommt aber diese Mietmöglichkeit auch der Weberei zugute; zu den als Norm angenommenen vier Satz Maschinen gehören acht Salfaktoren zu je 800 Spindeln, 12 Krepelmashinen (eine Referemashine) und ein Wischwolf. Zur Bedienung dieser Maschinen sind erforderlich 3 Wolfer, 3 Ruher, 1 Krepelmeister, 6 Krepelrinnen, 1 Salfaktorenmeister, 8 Schraubendreher, 16 bis 24 Andreher. Dazu kommen noch Hilfsarbeiter in Betracht, etwa Wehrmädchen, Pader, Kutcher für das Fuhrwerk, das die meisten besitzen, um das Material zu holen und wieder abzuliefern. Gesponnen werden die Nummern $\frac{1}{2}$ bis 9 (Nummer gerechnet nach Strähnen pro russisch Pfund), hauptsächlich aber die Nummern $\frac{2}{12}$ bis $\frac{2}{24}$ für Lächer, $\frac{4}{3}$, 5 und 6 für Satins, 7 bis 8 für Damentuche. Bei zehnjähriger Arbeitszeit ist eine derartige Spinnerei instande,

durchschnittlich 10 700 bis 11 000 russische Pfund Garn pro Woche zu liefern, wenn man annimmt, daß ein Satz liefert pro Woche zweifelhafte Garn 4500, fünfsträhiges Garn 3000 und siebensträhiges Garn 2300 russische Pfund. Das Lodzer Spinnmaterial ist zum großen Teile ziemlich minderwertig, entsprechend dem hier hergestellten billigen Garn, während in Gierz und in Tomaszow weit besseres Material zur Verwendung gelangt. In Lodz verwendet man durchschnittlich 20 bis 25 Prozent Wolle, der Rest besteht aus Flugel, Damentüchern, Strümpfen, Baumwolle, Kämmelungen und anderem Abfall. Das Vorhandensein so zahlreicher Lohnspinnereien hat seinen Grund darin, daß die Lodzer kleineren und größeren Webereien ihr Material nicht als Halbfabrikat, d. h. Garn, sondern daß sie das Rohmaterial kaufen, es selbst weben und dann in Lohn spinnen lassen. Der Spinnlohn beträgt pro russisches Pfund für zweifelhafte Garn 8 Kopeken, 2 1/4 bis 3strähiges Garn 9 Kopeken, 3- bis 3 3/4strähiges Garn 11 Kopeken, 4- bis 4 1/2strähiges Garn 13 Kopeken, weiter steigend um 1 Kopeke für je eine halbe Strähne, 5strähiges Garn 18 Kopeken. Die Produktionskosten für 1000 Meter Streichgarn betragen in Deutschland etwa 1 1/2, in Polen 2 Pf. Der Abfall beträgt bei 1- bis 5strähigem Garn etwa 5 Prozent. Der Nachteil der Lohnspinnereien liegt vor allem in ihrer unregelmäßigen Produktion. Andererseits ist aber die Unmöglichkeit, ungefähr zu allen Zeiten die Produktion auf der Höhe zu halten, der Hauptgrund für ihr Bestehen, denn sie hindert einen großen Teil der Webereien, ihren Betrieben Spinnereien anzugliedern. Noch unergieblicher zerstückelt, in noch mannigfaltigeren Formen als die Streichgarnspinnerei tritt in Lodz die Wollweberei auf. Als Handweberei ist sie zwar in stetem Rückgang begriffen, erreicht aber trotzdem noch als solche einen erheblichen Umfang. Der Grund für ihr Fortbestehen liegt darin, daß der Handbetrieb für einzelne Betriebe noch nicht so durchaus unvorteilhaft ist und die Konkurrenz mit der Maschine noch auszuhalten vermag, so für Kammgarn, Balletstoffe, Läufer, Tücher. Man sieht die Handweberei als Hausindustrie und Manufaktur organisiert; als Manufaktur noch besonders stark in Gierz und namentlich in Tomaszow, wo noch große Handwebereien, die bis 75 Stühle beschäftigen, anzutreffen sind, während der Durchschnitt 26 bis 30 Stühle beträgt, als Hausindustrie in den Weberdörfern in der Nähe von Lodz, Alexander und Konstantynow, früher auch in Bzdumska-Wola. In Lodz wird die Handweberei fast nur noch von Juden betrieben, die sich in der traurigen Lage befinden. Die Handweberei in Alexander und Konstantynow liegt zum großen Teil in Händen von Deutschen, die in der Regel in eigenen Häusern wohnen, etwas Landwirtschaft für den eigenen Bedarf betreiben und in der Regel 2, 4, auch 6 Handstühle beschäftigen. Soweit die Arbeitskräfte der Familie nicht ausreichen, haben sie ihre Gesellen, die meistens bei ihnen auch in Kost und Logis sind. Bei der Handweberei sind auch die meisten Minderjährigen beschäftigt, meistens als Schützenwerfer. Die Arbeitszeit ist eine sehr lange, im Sommer bis zu vierzehn Stunden täglich. Der Umfang der Produktion pro Tag beträgt bei schwerer Ware circa 5 bis 8 Arschin, bei leichter 14 bis 15 Arschin. Im allgemeinen werden ziemlich minderwertige Waren von diesen Weibern in Lohn für einen „Berleger“ verfertigt. Der Weblohn beträgt im Durchschnitt 14 Kopeken pro Arschin, davon gibt der Weber 3 bis 6 Kopeken seinen Hilfsarbeitern. Meistens haben diese Weber auch eigene Beförderungsmittel, um das Garn zu holen und die Ware abzuliefern. Ganz vereinzelt treten auch noch Handweber auf, die für eigene Rechnung gefärbte Garne kaufen und die Waren auf Märkten feilhalten. Den Lohnwebereien mit Handbetrieb stehen auch solche mit mechanischem Betrieb gegenüber, die dann ähnlich organisiert sind wie die Lohnspinnereien, also auch Raum, Kraft und Licht mieten, Garne geliefert bekommen und die fertige Ware abliefern. Weiterhin gibt es mechanische Webereien, deren Produktion in den verschiedensten Formen sich vollzieht, indem sie fertige Garne kaufen oder das Rohmaterial in Lohn spinnen lassen, weiterhin die Rohware als solche verkaufen oder in Lohn ausrüsten und als fertige Ware selbständig veräußern. Wie man sieht, eine bunte Fülle der verschiedensten Spielarten. Die Möglichkeit der Ausrüstung der Rohwaren in Lohn geben die zahlreichen Färbereien und Appreturen. Sie waren früher vor allem in Tomaszow sehr zahlreich vertreten, weil die Wasserhältnisse dort sehr günstig liegen, und unterhielten von jeher einen direkten Verkehr mit Lodz. Noch vor wenigen Jahren konnte man die hochbeladenen, mit Leinwand bespannten Wagen sehen, die Ware holten und lieferten; heute sind sie zum größten Teil von Automobilen abgelöst. Seit Jahren hat auch Lodz große Ausrüstungsanstalten ins Leben gerufen, die tadellos funktionieren. Ueber diesen mannigfaltigen Formen, in denen die Produktion sich vollzieht, mit ihrer teilweise veralteten und rückständigen Technik, kurz mit einer Organisation, die in die heutige wirtschaftliche Welt nicht mehr so recht hineinpassen will, stehen die großen gemischten Betriebe. Wenn auch die größten unter ihnen, verglichen mit den Riesenunternehmungen der Baumwollindustrie, zwerghaft erscheinen, so repräsentieren sie, gemessen mit dem kleineren Maßstab, der überall an diese Industrie anzulegen ist, doch recht ansehnliche Betriebe. Der Wert des Jahresumsatzes der Streichgarnspinnereien und -webereien hat 1910 gegen 60 Millionen Rubel ergeben, der Webereispinnereien gegen 3 Millionen Rubel, der Baumwollspinnereien gegen 20 Millionen und der Baumwollgarnwebereien gegen 25 Millionen Rubel. Der Vielgestaltigkeit der Produktionsformen der Wollindustrie des Lodzer Rayons entspricht die Mannigfaltigkeit der hier produzierten Waren. Außer den ganz hochwertigen Qualitäten und ausgeprochenen Nouveautés, für die der Absatz zu gering ist und die daher noch immer auf den Export beschränkt sind, werden hier unterschiedslos alle Waren, die für diese Branche in Frage kommen, angefertigt. Ueber den Umfang der übrigen, in das Gebiet der Textilindustrie gehörigen Produktionszweige, desgleichen der mit dieser in enger Verbindung stehenden Hilfsindustrien werden folgende Zahlen des Jahresumsatzes für 1910 angegeben: Seidenstoffe und -bänder, -plüsch 10 Millionen, Gardinen, Spitzen, Kofamenten, Rigen 10 Millionen, Kriofagen, Handschuhe, Strümpfe, Drenburger Tücher 10 Millionen, Farbindustrie 5 Millionen, Seifen, Schlichtapparate, Appreturmittel usw. 10 Millionen Rubel. Die Umsätze der Lodzer Baumwollindustrie pro Jahr werden auf mehr als 120 Millionen Rubel beziffert. Resümieren wir, so erhalten wir an Jahresumsatz im Jahre 1910 in der Baumwollindustrie 120, in der Wollindustrie 108 und in den übrigen Pro-

duktionszweigen der Lodzer Textilindustrie 48 Millionen, zusammen also 276 Millionen Rubel. Und diese mächtige Industrie ist nun durch den Krieg völlig lahmgelegt worden. Ob sie nun wieder in Bewegung kommen wird und in welchem Maße und unter welchen Bedingungen für die Arbeiter, muß erst abgewartet werden.

Arbeitslohn — Warenpreis — Teuerung.

Von W. Gager.

V.

Die Summe Geldes, welche der Arbeiter am Wochenende für hingegebene sechs- und mehrtägige Arbeitsleistung erhält, wird irrigerweise allgemein als Arbeitslohn bezeichnet, sie ist in Wirklichkeit nur der Preis seiner Arbeitskraft. Gleich einer Ware, deren Wert, wie in Aufsatz 1 und 2 bereits ausgeführt, gleich ihren Herstellungskosten an gesellschaftlicher Arbeit ist, wird in der kapitalistischen Wirtschaft die Arbeitskraft, das ist das Leben, die Existenz des arbeitsfähigen Proletariats eingeschätzt und abgemessen. Wie ich nachgewiesen zu haben glaube, bekommt unter Kapitalis Gnaden kein Arbeiter seinen Lohn, sondern bestenfalls die notwendigsten Unkosten seiner Lebenshaltung gedeckt.

Arbeitslohn ist der Gegenwert des vom Arbeiter durch seine Arbeitsleistung dem Rohstoff oder Produkt hinzugefügten bzw. neuerzeugten Gebrauchswertes. Als Werte erzeugender Faktor belastet in der Kapitalwirtschaft die menschliche Arbeitskraft Kontoauskosten, ganz gleich jeder anderen Sache, wie Maschinen, Gebäude und dergleichen, deren Mitwirkung bei der Güterherstellung nicht entbehrt werden kann, deren Abnutzungskosten auf das nicht zu umgehende Mindestmaß zu beschränken ist, deren Produktivkraft bis auf das Neueste genützt und im Moment der Unbrauchbarkeit oder Ersehbarkheit durch leistungsfähigere Kräfte abgelöst wird. Ganz ungeachtet und zufällig gelangt eine interessante Auslassung des bedeutenden englischen Nationalökonom Robertus in meine Hände. Es ist ein Sendschreiben an den 1862 in London tagenden Arbeiterkongress, dessen Inhalt für uns deshalb von besonderem Wert ist, weil sein Verfasser ganz unerbittlicher reiner bürgerlicher Ideologe ist. Nachdem er die Aufgaben des Kongresses von seinem bürgerlichen Standpunkt aus dargestellt hat, schreibt er weiter: „Ihr wißt, welchen entwürdigenden Begriff sich die Nationalökonom in dem „notwendigen Unterhalt“ der Arbeiter gebildet haben. Als ob Ihr Maschinen wäret, bei denen der Unternehmer nur die Reparaturkosten veranschlagt. Als ob bei Euch und Euren Kindern das Einkommen nur die Arbeitskraft zum Besten der anderen Klassen zu erhalten und fortzupflanzen brauchte. Als ob Ihr Sklaven wäret, die außerhalb des Staates stehen! Als ob Ihr nicht durch Eure persönliche Freiheit in den Staat mit eingetreten wäret. Als ob Ihr nicht in dem Verbande eines gleichen Rechts mit den übrigen Klassen stündet! Als ob Euch der Staat nicht Steuerlast und Kriegspflicht wie Staatsbürgern auferlegt hätte. Ihr könnt die geistige und sittliche Bildung nur bei genügender Muße und bei genügenden Mitteln erwerben. Eure Pflichten geben Euch Rechte, Rechte auf eine angemessene Teilnahme an den materiellen, geistigen und sittlichen Vorteilen der Gesellschaft. So fordern Eure Rechte wie Eure Pflichten gleichermaßen zu dieser Teilnahme auf, so verwerfen Eure Rechte wie Eure Pflichten gleichermaßen den bloßen notwendigen Unterhalt. Aber indem Ihr das Maß dieser Zeit und Mittel prüft, widerlegt den Argwohn der übrigen Klassen, als ob Ihr nicht wüßtet, daß Eure Arbeit die unerlässliche Bedingung jedes gesellschaftlichen Reichtums, jeder gesellschaftlichen Kultur ist. Euch Männern der Arbeit, den Schöpfern des gesellschaftlichen Reichtums liegt die Wahrheit am nächsten, daß dieser nur aus Früchten der Arbeit, nicht aus Grundstücken, nicht aus Kapitalien, nicht aus Gold- und Silber besteht. Gerade Euch Männern der Arbeit wird deshalb der Gedanke am fernsten liegen, nicht oder zu wenig zu arbeiten, und dennoch mehr an den Früchten der Arbeit teilzunehmen.“

Fürwahr goldene Worte, deren Wahrheit, Erkenntnis proletarischer Gehirne geworden, den Anfang der Weltrevolution bedeuten würde. Solange dem Arbeiter nicht der volle von ihm geschaffene Wert als Entgelt seiner Leistung, also der wirkliche Lohn zuteil wird, solange ist es eine Fabel zu behaupten, steigender Arbeitslohn sei die Ursache der Teuerung. Was dem Arbeiter bisher und gegenwärtig an Mehr gegen früher gezahlt wird, ist lediglich eine notwendige Folge, und ein in jedem Falle ungenügender Ausgleich der Teuerung. Die Kämpfe der Vergangenheit und der Gegenwart in der Arbeiterbewegung sind ihrem Wesen nach nichts weiter als Kämpfe um die nackte Existenz der Proletarier und letzten Endes Sisyphusmühen, bis zu dem Zeitpunkt, an welchem die Arbeiterklasse ein gleichberechtigter Kontrahent im Produktionsprozeß sowohl als auch auf dem Warenmarkt wird. Bis das persönliche Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln zu den überwindenen Begriffen gehört. Solange in der Wirtschaft der Arbeitslohn statt als Wertentgeltung als Unkostendeckung figuriert, wird die Formel stets lauten: Gestiegene Unkosten, steigende Preise; zur Erhaltung der bestehenden Profitrate, häufig sogar zur Erhöhung. Die grundsätzlich auf nichts weiter als auf die notwendigste Unkostendeckung abzielende Abfindung des Arbeiters bewirkt ausschließlich und allein die Erhaltung der Arbeiterklasse als werterzeugenden Faktor im Produktionsprozeß und entleert sie ihres menschlich-gesellschaftlichen Charakters als Mitbürger und Konsumenten völlig. Es ist die Schraube ohne Ende, denn der natürliche Trieb aller Lebewesen nach Existenz ist auch dem Arbeiter eigentümlich. Jeder Pfennig mehr für ein Pfund Brot gefährdet sein Leben und treibt ihn mit eiserner Notwendigkeit an, den Ausgleich anzustreben; und jeder Pfennig mehr sogenannten Lohnes erhöht wiederum den Preis der zur Lebenshaltung nötigen Produkte usw. Man vergegenwärtige sich nur, um die wahren Ursachen der gegenwärtigen Teuerung zu erkennen, wann und unter welchen Umständen der Arbeiter veranlaßt wird zu fordern. Stets nur dann und meist sehr spät nach lange vorausgegangener Verteuerung seiner Lebenshaltung, d. h., wenn seine Lebenshaltung schon in Gefahr ist. Wo ist die Arbeiterklasse, die schon niemals eine ihren eigentlich selbstverständlichen Rechten entsprechende, ihnen erzeugten Werten gemäße wirtschaftliche Stellung beanspruchte? Immer und überall galt das Ringen und Kämpfen der bloßen Existenzmöglichkeit.

Aber selbst der beliebtesten kapitalistischen Auffassung, gleiches im dreimal geheiligten Profit, stattgeben: die Ar-

beitslohn, die Unkostendeckung, und als müsse das wirklich und gewiß so sein — betrachten wir die Dinge einmal von dieser Seite. Das heißt, wir machen uns die kapitalistische Produktionsauffassung zu eigen und veranschaulichen an unserem Beispiel „Schrank“ (siehe Aufsatz 2). Dort nahmen wir an, die zur Herstellung zurecht notwendige Arbeitsleistung bezifferte sich auf 50 gesellschaftliche Arbeitsstunden; in Geld ausgedrückt, setzten wir eine Stunde gleich einem gesellschaftlichen Wert von einer Mark. Wie wir wissen, erhält der Arbeiter nicht den Wert seiner Arbeitsleistung, sondern nur so viel, als zur Erzeugung und Erhaltung seiner Arbeitsfähigkeit erforderlich ist. 50 Stunden sind in der Vorkriegszeit ungefähr gleich einer normalen Arbeitswoche. Wir wissen, daß der Kapitalprofit aus der Differenz zwischen dem Arbeitslohn und der auch Arbeitslohn benannten Summe, welche der Arbeiter am Wochenende erhält, besteht (aus dem durch Arbeit erzeugten Wertzuwachs). Die Summe, die der Arbeiter am Wochenende erhält, soll pro Stunde 70 Pf. betragen, auf 50 Stunden macht das 35 Mk. als Lohn oder Existenzminimum; 50 mal 30 Pf. = 15 Mk. sei für den Unternehmer als Kapitalprofit oder Geschäftsgewinn nominieren. Beide Positionen als Norm gedacht, würde ein Unterschreiten des Existenzminimums, also ein Sinken des Arbeitslohnes unter den Betrag von 35 Mk. die Leistungsfähigkeit des Arbeiters reduzieren bzw. aufheben, das Sinken der Profitrate unter 15 Mk. Verminderung der Kapitalinteressen Abwanderung der geldlichen Betriebsmittel des Unternehmertums zur Folge haben.

Konstruieren wir zur Lösung der gestellten Frage ein Ereignis großen Stils unter gutgläubigem Ausschluß aller eigenschaftlichen Willkür. Die bisher im Lande für normalen Bedarf ausreichende Produktion an Lebensmitteln erleidet durch massenhaften Entzug hoch leistungsfähiger Arbeitskräfte, durch Ausfall künstlicher Düngemittel, durch Beschlagnahme von Pferden und durch Lieferungsaußfall an landwirtschaftlichen Maschinen eine Störung allergrößten Umfangs. Die Folge ist der im Aufsatz 2 geschilderte, der wirtschaftsgesellschaftlichen Entwicklung entgegenstehende Ausnahmezustand. Statt gleichbleibender bzw. verminderter notwendiger Arbeit ist unter dem Zwang der Notumstände mehr Arbeit als bisher zur Hervorbringung für die gleiche Produktmenge erforderlich geworden. Der Gebrauchswert der Produkte steigt, der Wert der Ware ist gleich der in ihr vergegenständlichten menschlichen (gesellschaftlichen) Arbeit, und infolgedessen auch ihr Kaufwert. Bedurfte es bisher generaliter 35 gesellschaftlicher Arbeitsstunden zur Lebensfristung der normalen Arbeiterfamilie, so sind jetzt im Rahmen des Beispiels 45 solcher Arbeitsstunden erforderlich. Folge: der Arbeiter des Schrankes bedarf nunmehr zur Erhaltung seiner Arbeitsfähigkeit usw. statt bis 35 Mk. 45 Mk. als Lohnminimum. Der Lohn steigt um den Betrag von 10 Mk. Dieser Prozeß geht aber nicht so vor sich, daß der Unternehmer dem Arbeiter erklärt, in Anbetracht der verteuerten Lebenshaltung sei dir von jetzt ab 10 Mk. Zulage bewilligt, sondern es wird im Gegenteil länger und zäher Kämpfe bedürfen, bis sein hartnäckiger Widerstand gebrochen und die Erhöhung der Lebenshaltung des Arbeiters behoben ist. Und ist sie behoben, dann erscheinen die dem Arbeiter zugesagten 10 Mk. nicht etwa in der Verminderung des Profits, sondern im Preis der Produkte. Nach dieser Prozedur kostet der Schrank von ursprünglich 100 Mk. eben 110 Mk., wenn es gut geht, das heißt, wie wir gutgläubig voraussetzten; meist wird aber ein Extraprofiten das Geschäft würzen und der Schrank kostet vielleicht 115 oder 120 Mk. Es kostet aber nicht nur der Schrank, der mit Wirkung der bewilligten höheren Lohnentwöhnung angefertigt wird, den höheren Preis, sondern alle noch im Unternehmerbesitz befindlichen unveräußerten Produkte nehmen an der Preissteigerung teil. Auf diese Weise gestaltet sich für den privatkapitalistischen Unternehmer die Teuerung zu einer ganz und gar nicht unliebbaren Erscheinung. Wie leicht ersichtlich, ist selbst in diesem Falle die Steigerung der nur auf Erhaltung der Arbeitsfähigkeit abzielenden Arbeitsentlohnung nicht die Ursache der Teuerung.

Man möchte vielleicht einwenden, es sei zum mindesten zweifelhaft, ob denn der höhere Preis für das Produkt auch gezahlt wird. Dem wäre entgegenzuhalten, daß jede Erhöhung im Absatz zur solange andauernden Zurückhaltung der Produkte führt, bis auf dem Warenmarkt der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage und mit ihm die angemessene Wertentgeltung hergestellt ist. Ist sie aber einmal hergestellt, so ist die Arbeiterklasse als Konsument in der peinlichen Situation, von der Teuerung der Produkte wiederum betroffen zu werden; denn wir müssen verallgemeinern: es bleibt nicht bei dem engebegrenzten Beispiel, alle Produkte werden von der Preissteigerung betroffen und in allen trifft die Preissteigerung die konsumierende Arbeiterbevölkerung. Die kaum hergestellte Balance des Existenzminimums wird durch die kleinste Preisbewegung auf dem Warenmarkt erschüttert. Der Zustand wird in dem Maße für den Arbeiter kritischer, je länger er anhält, er wird zum die Existenz gefährdenden Notstand, wenn die zur Fortführung der Produktion benötigten, Knappen vorhandenen Rohstoffmengen sich in Privatbesitz befinden und durch Zufuhr nicht oder nur mäßig ergänzt werden können und wenn die ganze Wirtschaft dem freien Ermessen der Kapitalwirtschaft, das heißt dem Gewinn- statt dem Gesellschaftsinteresse anheimgestellt ist. Das freie Spiel der Kräfte, gepriesen und gelobt als Rauberformel bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft, powert dem Volke den Rest seiner Lebenskraft aus.

Sozialisierung, ihre Berechtigung, Gefahren und Grenzen.

Darüber läßt sich der Münchener Professor, der bekannte Volkswirtschaftler, Hugo Brentano in bemerkenswerter Weise aus. Brentano erkennt die Berechtigung des Sozialismus an, doch er befürchtet, er werde sich nicht in allseitig befriedigender Weise durchführen lassen.

Zwei Dinge mache man der individualistischen Wirtschaftsweise zum Vorwurf: die ihr anhaftende Ungerechtigkeit in der Verteilung der Güter und den anarchischen Zustand des Wirtschaftslebens. Der Anteil eines jeden an Gesamtprodukt werde nicht bestimmt durch seine Verdienste um das Ganze, sondern durch die aus den Gewaltverhältnissen der Vergangenheit hervorgegangene Eigentumsordnung und durch Angebote und Nachfrage, wie sie durch gesellschaftliche Vorgänge bedingt werden. Erfüllten die Unternehmer ihre

Funktionen ungenügend, werden Unschöne mit in den Abgrund gerissen, Millionentwerte vernichtet und Hunderttausende Arbeiter brotlos. Das Kartellwesen habe zwar die Krisengefahr gemildert, doch auch die wirtschaftliche, persönliche Freiheit aufgehoben. Wenn wir schon Monopole haben sollten, dann lieber solche im Besitz der Gesamtheit als in dem von Privaten. Damit würde die Anarchie in der Produktion aufhören und jeder erhielte Anteil an dem Gesamtprodukt, entsprechend der von ihm geleisteten gesellschaftlich notwendigen Arbeit.

Soweit, so gut. Doch nun kommen ihm Bedenken, welche sowohl die Wünschbarkeit wie auch die Durchführbarkeit des Vorgelegenen zweifelhaft erscheinen lassen. Würde die Produktion ohne Ausnahme bergesellschaftet werden, so dürften nur die Bedürfnisse auf Befriedigung hoffen, welche von der Ueberwachung der Konsumenten anerkannt würden.

Wir vermögen nicht einzusehen, daß das ein Nachteil für die Gesamtheit sein würde, und diese Bedenken Brentanos würden uns nicht besonders beachtenswert erscheinen, denn die zentrale Ueberwachung der Konsumtion, die, wie Brentano ganz richtig sagt, aus Menschen mit menschlichen Schwächen bestünde, würde doch gerade infolge ihrer Schwächen bald dies und jenes vermissen und dafür sorgen, daß es nicht auf die Dauer festhalten würde. Dann bekämen es aber alle.

Ernst zu nehmen ist das Bedenken Brentanos hinsichtlich des Ungenügens der Beamten, welchen die Leitung des ganzen Produktionsprozesses anvertraut werden soll; er meint, sie hätten weniger Interesse daran, aus der Produktion das Mögliche zu gewinnen, als die heutigen Privatunternehmer.

Das wäre wohl der Fall, wenn man ihr Interesse an der Förderung der Produktion nicht durch Gewinnbeteiligung in irgendeiner Weise erhöhte. Das könnte aber doch geschehen. Die geforderte Gleichheit würde damit freilich durchbrochen werden, doch müßte eben dieses Nadel mit in Kauf genommen werden, bis man ihm ganz ausweichen könnte. Also auch dieses Bedenken Brentanos fällt nicht ins Gewicht.

Anderes ist es aber mit dem, was er als Voraussetzung des Bestehens eines geschlossenen Handelsstaates für die planmäßige Regelung der Produktion durch eine zentrale Verwaltung sagt: Wir müßten alles, was wir brauchen, selber herstellen können. Das können wir nicht. Dadurch bleiben wir aber von dem Kredit des Auslands abhängig. Den Kredit würden wir aber nur in dem wünschbaren Maße haben, wenn die Produktionsmittel im Besitze von Privaten blieben, weil ja alles, was die Gesamtheit habe und haben werde, durch die Verzinsung unserer Kreditschulden in Anspruch genommen würde. Brentano will sich deshalb mit der Eindämmung der gerügten Mängel der individualistischen Wirtschaftsordnung begnügen, die uns der Bergesellschaftung der Produktionsmittel entgegenführen könnte, soweit eine solche ersprießlich erscheine. Volle Bergesellschaftung, sagt er, ist bei allen großen Unternehmungen möglich, welche, durch Aktiengesellschaften betrieben, ihrer Natur nach nicht nur ebenjogut, sondern besser durch Staat und Gemeinden betrieben werden können. Dazu gehören in erster Linie alle monopolistischen Unternehmungen. Ein Teil derselben ist in Deutschland längst bergesellschaftet; so die Post, der Telegraph, die Eisenbahnen, die Trambahnen, die Wasserleitungen, die Gasleitungen, Teile der Elektrizitätsversorgung. Dabei ist keineswegs nötig, daß die Sozialisierung immer in der Weise stattfindet, daß der Staat alleinigiger Eigentümer der Produktionsmittel an Stelle der Privaten werde. Das wäre weder wünschenswert noch möglich; es gilt vielmehr, den sozialisierten Unternehmungen den Vorsprung dauernd zu sichern, der den privaten Unternehmungen bisher aus dem Erwerbsbetrieb des Unternehmers geflossen ist. Führt man die Sozialisierung in der Weise durch, daß man die Gesamtheit zum Mitigentümer an den sozialisierten Privatunternehmungen macht, so bleiben diesen alle Vorzüge des privaten Unternehmers erhalten. Dabei zeigt die bevorstehende Vermögensabgabe den Weg zur Bergesellschaftung aller Monopolbetriebe, ohne daß das Eigentum der bisherigen Besitzer mehr als das aller übrigen Eigentümer vergewaltigt wird. Angenommen, das Gesetz bestimme, daß ein jeder ein Drittel seines Vermögens dem Staate zu opfern habe. Dementsprechend wird bestimmt, daß dem Staate ein Drittel einer jeden einzelnen Aktie des Unternehmens gehöre. Dieses Mitigentum des Staates würde durch Abstempelung auf jeder einzelnen Aktie zum Ausdruck gebracht und der Staatsverwaltung ein Drittel der auf jede einzelne Aktie fallenden Dividenden scheinbar ausgehändigt. Derart würde der Staat das Mitbesitzrecht an einem jeden Aktienunternehmen erwerben, ohne den Privatbesitz mehr als bei allen übrigen Besteuerungen zu schädigen. Selbstverständlich müßte bestimmt werden, daß die so besteuerten Aktionäre bei der allgemeinen Vermögensabgabe das Drittel ihres Aktienbesitzes, das sie dem Staate abgetreten haben, verrechnen dürfen.

Anderes steht es mit der Einfuhr- und Ausfuhrindustrie. Sie hat vor dem Krieg vor allem der Weiterverarbeitung und Fertigfabrikation gedient. Bei Ausfuhr der Produkte verstaatlichter Monopolbetriebe kann eine Konzentration des Ausfuhrhandels in einer Hand unter Umständen allerdings gleichfalls vorteilhaft sein. Wenn das Ausland die betreffenden Produkte nicht entbehren kann — wie zum Beispiel Kaffee —, kann der Wegfall der Konkurrenz der Verkäufer dazu führen, daß bessere Preise erzielt werden. Anders, wo es gilt, Halb- oder Fertigfabrikaten Absatzmärkte zu sichern. Wie bei deren Herstellung die Tüchtigkeit, so ist bei deren Vertrieb die Tüchtigkeit des Unternehmers alles. Bei allen Industriezweigen also, in denen der Schwerpunkt des deutschen Wirtschaftslebens bisher gelegen hat, erscheint eine Sozialisierung der Unternehmungen ausgeschlossen. Aber auch hier muß die Masse der Bevölkerung einen größeren Anteil am Gesamtprodukt, als ihr bisher geworden ist, erhalten. Welche große Wandlung ist hier schon während des Krieges und besonders seit seiner Beendigung eingetreten! Die Gleichberechtigung der Arbeiter bei Abschluß des Arbeitsvertrages und ihre Beteiligung an der Kontrolle der Betriebe, die man früher, weil sie unmöglich seien, hartnäckig verweigert hatte, sind am 15. November von der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“, welche recht eigentlich der Träger dieses Widerstandes gewesen ist, in einem denkwürdigen Abkommen mit den zentralen Organisationen der Arbeiter und der Angestellten diesen bewilligt worden. Man wird denen, die früher getrenzt wurden, weil sie im Interesse des sozialen Friedens verlangten, was, damals verweigert, heute ohne Wimperzucken gewährt wird, die Ungewöhnung nicht ver-

argen, die sie ob solcher fortschreitenden Sozialisierung empfinden.

Man wird Brentano schon darin recht geben müssen, daß die Sozialisierung unter Formen durchgeführt wird, die ihr den Erfolg verbürgen. Es darf nun nicht mehr heißen: Die Bewegung ist alles, das Ziel nichts, es muß jetzt heißen: Auf die Mittel und Wege kommt es nicht an; das Ziel ist alles. Das Ziel ist aber auch nicht, wie Brentano gleich vielen anderen glaubt, Uebernahme der Produktionsmittel und Ausführung der Produktion durch den Staat, wie bei Post und Eisenbahn, sondern durch die Gesellschaft. Und die Bergesellschaftung zeigt sich nicht nur in dem Wechsel des Besitzers und des oder der die Produktion Leitenden, sondern auch in planmäßiger Zusammenfassung und Regelung der Produktion in hochkonzentrierten Betrieben, sowie in Anpassung der Erzeugung an den Bedarf, und zwar durch systematische Ueberleitung des Grundbesitzes, der Energiequellen und Schätze des Bodens, der Verkehrsmittel, der Rohstoffe, Arbeitsräume, Maschinen, Anlage- und Betriebskapitalien in das Eigentum der Gesellschaft, wobei alle am Produktionsprozess Beteiligten die Eigenschaften von Funktionären der Gesellschaft mit bestimmendem Einfluß auf die Erzeugung erhalten. Es handelt sich also bei der Sozialisierung um die Etablierung eines ganz neuen Wirtschaftssystems, das zu dem bisherigen in völligem Gegensatz steht. Ein solches Wirtschaftssystem läßt sich natürlich nicht mit einem kühnen Sprung — von heute auf morgen — einführen. Lange Vorarbeiten sind nötig. Infolgedessen ist die Sozialisierung kein einmaliger Akt, sondern ein Prozeß, der die verschiedenen Zweige des Wirtschaftslebens nach und nach ergreift und sich ihrer bemächtigt. Manche Industriezweige eignen sich mehr, andere weniger für die Sozialisierung, wieder andere gar nicht. Besonders geeignet erscheinen alle Erwerbszweige mit großkapitalistischen Produktions- und Transportmitteln. Wo diese ein soziales Macht- und Herrschaftsverhältnis begründen, wo sie also mit anderen Worten „Kapital“ sind, da erstrebt der Sozialismus die baldige Beseitigung des Privateigentums und die Uebernahme der gesamten Erzeugung in genossenschaftliche Betriebe.

Was Brentano vorschlägt, ist also kein Sozialismus, sondern eine Brücke zu ihm. Als solche wäre es aber vielleicht ein sicherer Weg zum Sozialismus und immerhin der Beachtung wert.

Richtlinien für die Textilwirtschaft.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss der Nationalversammlung beschloß, der Regierung für die Textilwirtschaft folgende Richtlinien zu erteilen: Die Einfuhr von Rohstoffen und notwendigen Halbfabrikaten ist freizugeben. Der Ausbau der Zwangswirtschaft soll schleunigst herbeigeführt werden. Von den vorhandenen Vorräten der Reichsbefleidungsstelle und der übrigen amtlichen Versorgungsstellen sollen die zur Notstandsversorgung der Bevölkerung, insbesondere der zurückkehrenden Kriegsgefangenen, geeigneten Stoffe und Kleidungsstücke unter den bisherigen Kalkulationspreisen zur Verfügung gestellt werden. Der Vertrieb der Waren soll durch den freien Handel und die Genossenschaften unter Gemeinbeaufsicht erfolgen. Der Rest der im amtlichen Besitz befindlichen Fertigwaren, Halbfabrikate und Rohstoffe an Textilien ist unverzüglich zu Preisen, die der Qualität der Waren entsprechen, in den freien Handel zu bringen. Die Räumung aller Reichsbestände soll so schnell wie möglich durchgeführt werden.

Ferien für Textilarbeiter.

Beschluss der zentralen Kommission für die Textilindustrie vom 19. August 1919 zur Urlaubsfrage.

Die Arbeitgebervertreter erklären sich bereit, ihren Verbänden die Gewährung von Urlaub nach folgenden Richtlinien zu empfehlen:

- I. Ab 1920 soll der Urlaub wie folgt geregelt werden:
 - a) Es erhalten Urlaub alle Arbeiter und Arbeiterinnen nach mindestens einjähriger ununterbrochener Beschäftigungsdauer in dem gleichen Betriebe, und zwar nach 1jähriger Beschäftigungsdauer 3 Tage, nach 3jähriger Beschäftigungsdauer 5 Tage, nach 5jähriger Beschäftigungsdauer 6 Tage.
 - b) Der 1. Mai gilt bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer als Stichtag.
 - c) Krankheit oder unverschuldetes Aussetzen der Arbeit gilt hinsichtlich der Beschäftigungsdauer nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.
 - d) Die in einem Betrieb vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung zurückgelegte Arbeitszeit sowie die Kriegsjahre werden bei der Berechnung des Urlaubsanspruches auf die Beschäftigungsdauer angerechnet.
 - e) Urlaub außer der Reihe und unentschuldigter und unberechtigter Arbeitsverhinderung, die nicht unter § 616 BGB. fallen, können von der Urlaubszeit in Abzug gebracht werden.
 - f) Hat ein Arbeiter das Arbeitsverhältnis gekündigt, so hat er keinen Anspruch mehr auf Urlaub.
 - g) Der Zeitpunkt des Urlaubs wird den Betriebsverhältnissen angepaßt und mindestens 14 Tage vorher durch die Betriebsleitung im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuss (Betriebsrat) festgesetzt.
 - h) Den Arbeitern wird für jeden Urlaubstag der durchschnittliche Tagesverdienst der letzten sechs Wochen vergütet.
 - i) Der Lohn für die Urlaubstage wird bei Antritt des Urlaubs im voraus gezahlt.
 - k) Verzicht auf Urlaub gibt keinen Anspruch auf Vergütung.
 - l) Die Annahme anderweitiger Lohnarbeit während der Urlaubszeit ist verboten. Bei Zuwiderhandlung ist der für die Urlaubstage gezahlte Lohn zurückzuerstatten und ist das Recht auf Urlaub für das folgende Jahr verwirkt.
 - m) Wo bereits längerer Urlaub dauernd zugestanden ist, hat es dabei zu verbleiben.
- II. Für 1919 sollen alle Arbeiter und Arbeiterinnen 4 Tage Urlaub ohne Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer im Betriebe erhalten. Diese Vereinbarung soll jedoch keine Gültigkeit haben für die Betriebe, die erst nach dem 30. Juni 1919 wieder in Betrieb gesetzt sind oder bei denen der Urlaub für 1919 bereits anderweitig geregelt ist.

Aus der Textilindustrie.

Belgische Spitzen verdrängt durch chinesische! Der belgischen Spitzenindustrie, früher tonangebende Herrin auf dem Weltmarkt (92 Proz. der Erzeugung wurden ausgeführt), droht Gefahr von Osten: die Chinesen liefern Spitzen nach Amerika und England, die nach Material und Arbeit genaue Muster der belgischen Spitzen sind, aber unbergleichlich billiger. Belgische Spitzen sind im Land selbst dreimal so teuer wie vor dem Krieg, chinesische dagegen kosten im Ausland nur so viel, wie die belgischen vor dem Krieg im Inland.

Forschungsinstitut für Textilindustrie in Dresden. Das Forschungsinstitut für Textilindustrie, um das sich mehrere Städte beworben hatten, wird nach einer Mitteilung der „Dresdner Volkszeitung“ nach Dresden verlegt werden.

Das Deutsche Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe macht über die im Jahre 1918 erledigten Aufgaben und Arbeiten folgende kurze Angaben: Die von der biologischen Abteilung in Angriff genommenen Züchtungs- und Kulturmethoden, sowie die in Verbindung mit der chemischen und maschinentechnischen Abteilung ausgeführten und in Angriff genommenen Verfahren zur Gewinnung von Fasern aus den verschiedenen Pflanzen haben zu einer Fülle interessanter und wertvoller Ergebnisse geführt. Des Weiteren hat sich das Institut mit der Herstellung von Textilfasern aus Holzstoff befaßt, also mit der Verbesserung der Herstellungsmethoden der Papiergarne, Zellstoffgarne, Stapelfaser und Mischgarne. Mit Mischgarn wurden Versuche gemacht, um den Zellstoff derart in seiner Oberflächenbeschaffenheit zu verändern, daß er, unter dem Mikroskop betrachtet, eine der Baumwolle ähnliche Form zeigt. Bisher litten die aus Baumwolle und Zellstoff bzw. Wolle und Zellstoff erzeugten Mischgarne unter dem Nachteil, daß der Zellstoff im Garn nicht fest genug haftete. Zur Papiergarnerstellung sind zahlreiche spezielle Arbeiten geleistet worden, z. B. „über den Einfluß der Spinnspannung und Spinnfeuchtigkeit“, „über das spezifische Gewicht der Garne“, „über den Einfluß des Falzens, der Papierstreifenbreite, über Refordzahlen usw.“. Das Institut hat sich ferner eingehend mit Verbesserungen in der Verarbeitung von Faserstoffen befaßt, sowie auch mit der Frage der Verwendung der Nebenprodukte, wie der Abflaugen bei der Faseraufschliessung, die eine unmittelbare Lebensfrage für einzelne Industrien ist. Auch biologische und chemische Forschungen der Faserstoffe wurden vorgenommen; insbesondere wurden neue Methoden zum Nachweis und zur Trennung von Faserstoffen ausgearbeitet, mit dem Erfolg, daß das Institut in Fällen, wo die bisher bekannten Methoden versagten, noch einwandfreie Feststellungen machen konnte. Weiterhin wurde in ausgedehntem Maße den Vorgängen der Gewebeveredlung, dem Bleichen, Färben, Imprägnieren und Appretieren große Aufmerksamkeit gewidmet. Da eine Förderung der Industrie nicht nur durch naturwissenschaftliche Forschung zu erwarten ist, sondern auch durch die Lösung organisatorischer, volkswirtschaftlicher Fragen, wie sie z. B. durch Normalisierung, Typisierung und Taylorismus gekennzeichnet sind, so hat sich die volkswirtschaftliche Abteilung des Instituts mit diesen Aufgaben eingehend befaßt.

Soziale Rundschau.

Das Wohnungselend und die Frau.

„Jedes deutsche Kind muß uns jetzt heilig sein“, schrieb mir einmal eine sehr achtbare bürgerliche Dame. Jedes Kind sei dem Staate eine willkommene Gabe; hilft es doch dereinst mitbauen am festen, stolzen Bau des Vaterlandes. Darum sei uns jede Menschenknope heilig. — Wie ganz anders aber wird das Kind bewertet, wenn man auf der Wohnungssuche ist! „Wieviel Kinder haben Sie?“ ist die erste Frage, die einem gestellt wird. Geht es über die Zahl zwei oder höchstens drei hinweg, erfolgt das bekannte Achselzucken. So geht man straßauf, straßab, bis man endlich einen Winkel gefunden hat, wohin man sich für teures Geld mit den Seinen verkriechen kann. Die schlechtesten Wohnungen, enge kleine Räume werden daher oft von kinderreichen Familien bezogen, meist feuchte, dumpfe Löcher, die nicht so leicht vermietet werden. So beschränkt ist der Raum oft, daß in allen Ecken und Winkeln Schlafstätten aufgeschlagen werden müssen. Ja, nicht selten ist ein Bett Tag und Nacht belegt. Ich sah einst eine Wohnung, die bestand aus Stube, Schlafkammer und Küche. Alles sehr kleine Räume, darin wohnten, um nicht zu sagen, hausten neun Personen. In der Wohnstube sowie in der Küche waren Schlafstellen eingerichtet. In dem einen Bett hielt am Tage der 18jährige Sohn, der väterlich war, seine „Nachtstube“, abends froh die übermüdete 16jährige Schwester, die täglich 10 Stunden in der Fabrik arbeitete, in das nie geküpfte Bett. Krankheiten finden nur zu leicht in diesen Schlupfwinkeln der Armut Nahrung und Tor. Die Folge dieser überfüllten engen Räume ist beständiges Siedtum, langsames Sterben. Die Kinder sterben oft schon in den ersten Lebensjahren, oder sie wachsen heran, sind aber blaß und schmal, der schwarze Körper ist den Anforderungen, die das Leben an sie als junge Arbeiter und Arbeiterinnen stellt, nicht gewachsen, sie fallen der verheerenden Tuberkulose zum Opfer. Wieviel vergeudete Kraft geht da dem Staate wieder verloren! Diesem Uebelstande abzuwehren, muß und soll unsere Arbeit gewidmet sein. Nicht die vielen Kinder bringen Not und Elend in die Familie, sondern das Elend der ganzen sozialen Weltordnung ruiniert am ehesten die kinderreichen Familien. Ausreichender Lohn, der die Eltern in den Stand setzt, ihre Kinder nicht nur ausreichend zu nähren und zu kleiden, sondern auch in Räumen unterzubringen, die ihren Anforderungen entsprechen, fehlt. In lichten, luftigen Räumen wohnend, wo das kleine Volk sich nach Herzenslust tummeln und entwickeln könnte, müßte es für die Eltern eine Lust sein, die Sprößlinge heranwachsen zu sehen. Dieses zu erreichen, setzen wir alle Kraft ein. Heilig sei uns jedes Kind im wahren Sinne des Wortes!

Berichte aus Fachkreisen.

Nach. Das Verhalten des Profuristen Dreiß bei der Firma Kolb u. Schüle, Mech. Flachspinnerei, zwingt uns zur Flucht in die Öffentlichkeit. Wenn das gewalttätige Gebaren dieses Angestellten gegenüber den Arbeitern, dem Arbeiterausschuß und auch dem hiesigen Arbeitsamt derartige Formen angenommen hat, so tragen auch wir insofern mit Schuld, als wir durch unsere lange Geduld nicht schon früher mit der Kritik öffentlich heraus-

edkten. Durch die häufige geschäftliche Abwesenheit des Direktors der Firma ist der Prokurist maßgebende Persönlichkeit. So wie er diese Funktion ausübt, muß man zu der Überzeugung kommen, daß Dreiß nicht nur die neue Zeit nicht begriffen hat, sondern daß auch seine Fähigkeit zur Vorkleidung eines solchen Postens angezweifelt werden könnte. Von den durch den Brandfall arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen, die Gewerblösenunterstützung beziehen, können nicht wieder eingestellt werden, da Arbeit vorhanden ist und die Leute auch arbeiten wollen, aber der Prokurist hintertreibt noch Möglichkeit die Einstellung. Wenn von den Meistern Arbeitskräfte verlangt werden, so setzt man Zweifel in dieses Verlangen, wie auch Dreiß sich fortgesetzt als Kontrolleur der Meister in seinem Tätigkeitsbereich zu bleiben. Zum Einstellen von Arbeitskräften will der Prokurist angeblich keine Ermächtigung haben, aber zum ungerechtfertigten Entlassen glaubt er berufen zu sein, wie nachstehender Fall beweist. Ein Arbeiter war beim Wiederaufbau der abgebrannten Fabrikräume mit Abladen von Kies beschäftigt. Auf einem Kontrollgang bemerkte Dreiß, daß der ihm übrigens als fleißig bekannte Arbeiter die kurzen Zwischenpausen, bis wieder ein vollbeladener Wagen ankam, zum Ausruhen benutzte. Ohne den Mann deshalb zur Rede zu stellen, die Sache zu untersuchen oder mit dem Arbeiterauschuss Rücksprache zu nehmen, bekam der Arbeiter seine sofortige Entlassung, die dann allerdings auf energische Einsprüche des Arbeiterauschusses unterblieb. Daß Dreiß auch auf den Verband nicht gut zu sprechen ist, läßt sich denken. Wenn ihm unsererseits schon mit Einschreiten unserer Gauleitung gedroht wurde, so sollte er sich Aussprüche wie: „Mit der habe ich nichts zu verhandeln“, besser überlegen, denn solches könnte ihm doch einmal zum Verhängnis werden. Dreiß wolle ja die Organisation nicht unterschätzen, so ist stärker als er glaubt und hat schon größere Taten vollbracht, als einen Prokuristen bezwingen.

Galbe a. S. Am Dienstag, den 19. August, fand im „Saal-Ravillon“ unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Ein Teil unserer Mitglieder hat es aber immer noch nicht begriffen können, daß auch für sie die Versammlungen abgehalten werden. Wir hatten zu diesem Abend unsern Kollegen, den Arbeitersekretär Karl Schöller aus Bernburg eingeladen, welcher über Tarifverträge einen sehr guten Vortrag hielt; er verstand es vortrefflich, die Kollegen und Kolleginnen mit seinen Ausführungen zu fesseln. Es wurde nun der Antrag von Seiten der Kollegen gestellt, daß der Kollege Karl Schöller hier des öfteren referieren möge. Bei der Delegiertenwahl wurden die Kollegen Osterloß und Sporleder gewählt, die die am 24. August tagende Konferenz in Berlin besuchen, um dort mit den Versammelten einen neuen Tarif zu schaffen. Von mehreren Kollegen wurde eine Lohn-erhöhung von 100 Proz. verlangt und es wäre nur recht und billig, wenn diesen Forderungen Rechnung getragen würde. Unser Lohn ist so niedrig, daß kein Familienvater damit sein und seiner Familie Leben fristen kann. Der Textilarbeiter muß mehr als bisher als Nachbarbeiter zur Geltung kommen, und nicht als minderwertiger Arbeiter, wie die Unternehmer es wollen.

Köln. Nach langen Versuchen, die Arbeiterschaft der Mechanischen Zuspinnerei und Weberei, Bonn-Bessenich, für unsere Organisation zu gewinnen, gelang dies endlich durch merkwürdige Manipulationen der „Christen“, die Mehrheit der dort Beschäftigten bei uns zu organisieren. Nachdem im April verschiebene bei uns organisierte Kollegen in diesem Betriebe Arbeit angenommen hatten, wurden diesen bei ihrem Eintritt die Mitgliedsbücher abgenommen und dafür solche des christlichen Verbandes mit dem Bemerkten gegeben, daß in diesem Betriebe nur christlich organisierte Arbeiter beschäftigt würden. Auf diese etwas sonderbare Art und Weise wurden unsere Mitglieder zwangsweise in die christliche Organisation hineingebügelt. Aber trotz alledem war der Bewegung zugunsten unseres Verbandes nicht mehr Einhalt zu gebieten, da die Arbeiter einsehen, wo ihre Interessen am besten gewahrt werden. Die durch Tarifabschluß der christlichen Organisation geschaffenen Lohnverhältnisse bedürfen der schnellsten Abhilfe. Da die Direktion aber ein Verbot auf Grund eines neu eingereichten Tarifentwurfs, welcher zusammen mit der christlichen Organisation ausgearbeitet worden war, nicht nur ablehnte, sondern sofort zur Kündigung der Arbeiterschaft schritt, wurde der Schlichtungsausschuss Bonn angerufen mit dem Antrage, die Firma zu beurteilen, den Betrieb wieder zu eröffnen und die Kündigung als nicht geschehen zu betrachten. Interessant sind die Feststellungen, welche beim Schlichtungsausschuss durch die Verhandlungen zutage traten. Die Kündigung war lediglich erfolgt, weil der Textilarbeiterverband es gewagt hätte, Lohnforderungen einzureichen. Der christliche Textilarbeiterverband, der bei Wiederaufnahme des Betriebes vor mehreren Wochen die aus 28 Personen bestehende Belegschaft organisiert hatte, vereinbarte bis zum 30. September 1919 mit dem Direktor folgende Hungerlöhne: Erwachsene männliche Arbeiter 1 Mk. pro Stunde, erwachsene Arbeiterinnen 80 Pf. pro Stunde. Inzwischen war die Belegschaft auf 179 Arbeiter angewachsen, die mit geringen Ausnahmen dem Deutschen Textilarbeiterverbande angehören. Dieser reichte im Einvernehmen mit den Arbeitern einen Lohnantrag ein, der natürlich angesichts der heutigen Teuerung weit höhere Löhne forderte. Die Antwort der Firma war die Kündigung der ganzen Belegschaft. Heute erklärt sie dem Schlichtungsausschuss, die alten Leute behalten zu wollen. Diese sind sonderbarerweise sämtlich Mitglieder des christlichen Verbandes. Der Schlichtungsausschuss entschied sich dahin, daß nochmals eine Verhandlung der Arbeiter und Organisationsvertreter unter Mitwirkung von zwei Beisitzern des Schlichtungsausschusses mit der Firma über die Lohnfrage und die Zurücknahme der Kündigung statzufinden habe. Die Firma lehnte diesen Schiedspruch ab und damit jede Verständigung ab. Die Arbeiter sowie die Vertreter der Organisation gaben sich hiermit nicht zufrieden, sondern sahen sich gezwungen, die englische Besatzungsbehörde anzurufen. Bei dieser Verhandlung erklärte der Direktor der besagten Firma, nicht arbeiten lassen zu können, da sonst in sehr kurzer Zeit das Kapital von 600 000 Mk., welches englisch sei, aufgebraucht würde und dann der Bankrott erklärt werden müßte. Von der Besatzungsbehörde wurde ihm daraufhin erklärt, daß, wenn er nicht in der Lage sei, dieses Kapital zu verwalten zu können, er von seinem Posten zurücktreten solle, um einem anderen, der es besser verstehe, Platz zu machen. Das Arbeit, das die Besatzungsbehörde fällte, lautete dahingehend: Die gekündigte Arbeiterschaft sei so lange zu beschäftigen oder zu entlohnen, bis eine endgültige Regelung der Lohnforderungen von der Kölner Besatzungsbehörde vorgenommen ist. Gleichzeitig wurde der Demobilisierungskommissar in Köln benachrichtigt; die Antwort von dieser Seite steht bis heute noch aus. Das Verhalten dieses Direktors zeigt uns zur Evidenz, daß ein fester Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft dringend notwendig ist, weiter zeigt sich aber auch hier, daß verschiebene Leute aus der Revolution nichts gelernt haben, sondern nach wie vor den „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ hervorheben. Um für die noch kommenden schweren Kämpfe gewappnet zu sein, ist es notwendig, daß sich die noch Arbeitslosbleibenden reiflos dem Deutschen Textilarbeiterverbande anschließen.

Mülheim a. d. Ruhr. Kraurige Verhältnisse herrschen noch in den hiesigen Wäschanstalten und Schönfärbereien. Während in den umliegenden Städten Wermes, Eiberveld, Solingen usw. schon längst eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf tariflichem Wege erfolgte, halten es die Unternehmer hier an Ort und Stelle für nötig, in sachlicher Weise mit ihrer Arbeiterschaft über die Lohnfragen zu verhandeln. Die in den Wäschanstalten und Schönfärbereien beschäftigten Arbeiterinnen erhalten Löhne, die in keiner Weise den hiesigen Verhältnissen entsprechen. Während im Wuppertal die Arbeiterinnen einen Stundenlohn von 1,10—1,20 Mk. erhalten, bezahlt man den Arbeiterinnen in Mülheim Stundenlöhne

von 60—70 Pf. Betriebsauschüsse, die in allen Betrieben, die mehr als 20 Personen beschäftigen, laut Gesetz bestehen sollen, scheinen den Unternehmern der Wäschanstalten und Schönfärbereien von Mülheim unbekannt zu sein. Vielleicht wäre es am Platze, wenn die Gewerbeinspektion sich mal der Mühe unterzöge und Nachfrage in diesen Betrieben hielte, aus welchen Gründen die Wahl der Betriebsauschüsse bis jetzt unterblieben ist. Allerhand Schwierigkeiten werden den Arbeitern und Arbeiterinnen bereitet, wenn sie Schritte unternehmen, um durch Zusammenschluß in ihrer Berufsorganisation ihre Interessen zu vertreten. Hier in Mülheim ist es besonders die Firma Schumann, die es sich sehr angelegen sein läßt, ihre Arbeiterinnen von dem Besuch der Betriebsversammlungen und dem Anschluß an die Organisation fernzuhalten. Während Herr Schumann als Vorstandsmitglied und Vertreter des Arbeitgeberverbandes der Schönfärbereien und Wäschanstalten sehr tätig ist, seine und die Berufsinteressen seiner Kollegen zu vertreten, ist auf der anderen Seite Frau Schumann beflissen, die Arbeiterinnen davon abzuhalten, dort hinzugehen, wo die Interessen der Arbeiterinnen vertreten werden. Frau Schumann scheut sich nicht, durch Drohungen und Vergleichen die Arbeiterinnen von dem Besuch der Versammlungen fernzuhalten. So fragte sie vor kurzem eine Arbeiterin, ob auch sie an einer Versammlung teilgenommen habe. Als diese dies bejahte, meinte Frau Schumann, dann gehöre sie auch zu denen, die Oberfeigen verdient hätten. Frau Schumann scheint mit der Ansicht zu sein, daß nur der Arbeitgeber das Recht habe, sich zu organisieren, die Arbeiterschaft aber auf keinen Fall von diesem Recht Gebrauch machen dürfe. Den Arbeiterinnen der Firma Schumann möchten wir empfehlen, bei ihrer Firma mal Nachfrage zu halten, um wieviel niedriger sie die Lieferpreise für ihre Erzeugnisse den übrigen Firmen gegenüber gestellt hat. Wie sie mitgeteilt wird, fordert die Firma Schumann denselben Preis wie alle anderen Firmen derselben Branche. Deshalb wäre es sehr wünschenswert zu erfahren, aus welchen Gründen die Firma Schumann ihre Arbeiterinnen weit niedriger entlohnt, als dies bei den übrigen Firmen derselben Branche geschieht. Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Firma Schumann möchten wir anraten, sich nicht durch Drohungen und Beeinflussungen davon abhalten zu lassen, die Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen zu besuchen, sondern reiflos dort zu erscheinen, sich wie die Kolleginnen bei Edelweis und anderen Betrieben zu organisieren und durch Einigkeit und Zusammenhalt der Firma zu zeigen, daß sie nicht länger gewillt sind, für niedrigere Löhne zu arbeiten, wie ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Betrieben. Allen Kollegen und Kolleginnen, welche in den Wäschanstalten und Schönfärbereien von Mülheim und Umgebung beschäftigt sind, rufen wir zu: Wollt ihr dieselben Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreichen wie eure Berufscollegen im Wuppertal und anderen Städten, so organisiert Euch! Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband! Nur Einigkeit führt zum Ziel! Denn vereinzelt sind wir nichts, vereint sind wir alles!

Reutlingen. Die politische und wirtschaftliche Umwälzung des vorjährigen November ist auch an der Reutlinger Textilarbeiterschaft nicht spurlos vorübergegangen. Unsere Filiale zählte am Schluß 1918 etwa 800 Mitglieder, zurzeit dagegen 4100 Mitglieder. Das Uebergewicht haben die weiblichen Kollegen. Was man früher nicht einmal zu hoffen gewagt hatte, ist jetzt Tatsache geworden. Durch das Tarifabkommen, das zwischen dem Süddeutschen Arbeitgeberverband für die Textilindustrie und dem Deutschen Textilarbeiterverband abgeschlossen wurde, kamen wir erstmalig in den Besitz tariflich festgelegter Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Tarifabkommen war nur möglich auf Grund der politischen Erzeugnisse. Wer aber glaubt, daß jetzt nach der tariflichen Regelung alles in schönster Ordnung sei, der irrt sich sehr. Ein großer Teil der Unternehmer hält sich einfach nicht an die Vereinbarungen; die Herren können über den Herrn-im-Hause-Standpunkt nicht hinwegkommen, so beispielsweise manche Besitzer von Färbereien, Korsettfabriken und Zwirnereien, unter den letzteren die Firmen Schabin u. Co. und A. R. Wagner, Kirchentellinsfurt. Bepferrer acht sogar soweit, den Arbeitern Oberfeigen anzubieten. Auch die Einhaltung des Achtstundentages läßt zu wünschen übrig, sowohl bei Unternehmern als bei den Arbeitern. Diese halten ihn nicht ein, um den Samstag womöglich ganz freizubekommen. Durch diese Vorgänge sehen die Kollegen und Kolleginnen nun, daß feister Zusammenschluß nottut. Die wirtschaftliche Lage ist leider nicht derart, daß man es heute auf große Kämpfe ankommen lassen könnte. Wir müssen aber auf der Hut sein, daß, wenn der günstige Augenblick kommt, man uns gerüstet findet und wir heimzahlen können, was an uns gesündigt worden ist.

Schweidnitz. Am 14. d. M. hielt die hiesige Filiale ihre Monatsversammlung ab. Infolge Einberufungen und mangelnder Arbeitsgelegenheit war die Zahl unserer Mitglieder während des Krieges bis auf 40 gesunken. Jetzt sind wieder über 100 Arbeiter in der hiesigen Weberei beschäftigt. Auch hier hat der 9. November bahnbrechend gewirkt. Was es früher nicht möglich, die Arbeiter der Fabrik alle zu organisieren, so ist dieses Ziel jetzt vollkommen erreicht. Durch die Gewinnung der in der Produkthandlung von M. Klotz Beschäftigten ist die Zahl der Organisierten auf circa 800 gestiegen. Kollege Schneider gab den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Die Einnahme und Ausgabe balanzieren mit 636,56 Mk. Es verbleibt ein Kassenbestand von 49,51 Mk. Kollege Kinner berichtete sodann unter lebhafter Zustimmung über den Verlauf der Generalversammlung. Noch keine Beschlüsse gefaßt wie gerade diese. Die Organisation so wichtige Beschlüsse gefaßt wie gerade diese. Die Beitragszahlung nach dem Verdienst bzw. daß ein Stundenlohn den Wochenbeitrag ausmacht, ist vollkommen gerecht. Auch die Erhöhung der Verbandsbeiträge bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. fand allgemeine Zustimmung. Den Vorschlag von 10 Pf. pro Woche und Mitglied beschloß die Versammlung ab 24. August einstimmig. Der mit der hiesigen Textilwerke-A.G. abgeschlossene Tarif gibt des öfteren Veranlassung zu Mißbilligungen. Bei jeder sich ihm bietenden Gelegenheit versucht der Direktor Fuchs den Tarif zu durchbrechen, um die Arbeiter im Lohne zu schädigen. Die Gewerkschaftsfunktionäre von Reichenbach und der Arbeiterauschuss haben die schwere Aufgabe zu erfüllen, den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Durch mannhafte Verhalten, wie es Organisierten geziemt, werden sie deren Bemühungen wesentlich erleichtern.

Burzen i. Sa. In der am 12. August stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Lange, einen beifällig aufgenommenen Bericht von der Konferenz. Derselbe gab auch die Abrechnung vom 2. Quartal 1919 bekannt. Die Gesamteinnahmen betragen 698,76 Mk., die Ausgaben für die Hauptkasse 13,50 Mk., für die Lokalkasse 183,26 Mk. An die Hauptkasse gesandt wurden 442,36 Mk. Die Abrechnung wurde von den Revisoren Gipe, Scheunert und Frau Wendland geprüft und für richtig befunden. Als Schriftführer wurde Kollege Gipe, und als Delegierte für die Konferenz in Leipzig am 6.—7. September die Kollegen Lange und Scheunert gewählt. Die Versammlung faßte einstimmig den Beschluß, den seit 1. Mai d. J. gültigen Lohnantrag am 31. August zu kündigen und neue Verhandlungen einzuleiten. Die jetzt gezahlten Löhne entsprechen in keiner Weise mehr den jetzigen Teuerungsverhältnissen; auch wird ständig Klage geführt, daß selbst diese von der Firma bewilligten geringen Zusatzlöhne in vielen Fällen nicht eingehalten werden, hauptsächlich soweit Akkordlöhne in Frage kommen. Es wird hierüber ein ernstes Wort mit der Betriebsleitung zu reden sein. An die Kollegen und Kolleginnen richten wir schon heute den dringendsten Appell: Steht fest und entschlossen zu eurer Organisation; führt ihr auch die letzte Mitarbeiterin zu. Die nahe Zukunft kann schon sehr erste Ereignisse für alle bringen und dann findet ihr die festeste Stütze und den aufrichtigsten Freund und Berater in eurer Organisation, dem „Deutschen Textilarbeiterverband“.

Literatur.
Haases Anklagerede in der Nationalversammlung in Weimar am 26. 7. 19. (50 Pf.) Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 31. August, ist der 35. Wochenbeitrag fällig.

Monatliche Arbeitslosenrechnung.
Sonntag, 30. August, ist Sichtung für die Augustrechnung. Die graue Karte ist einzusenden.

Achtung! Filialen. Achtung!
Sämtliche Geschäftsführer und Filialkassierer werden ersucht, die graue Karte sofort am 30. August abzusenden. Da jetzt die Postkassen immer etwas Verzögerung haben, müssen wir jeden Monat eine große Anzahl Mahnungen abgeben; um das zu verhindern, möchten wir ersuchen, obiges zu beachten.
Der Vorstand.

- Neugewählter Verbandsauschuss.
1. Emil Berterlein, Gera, Alte Schloßgasse 11.
 2. Otto Schneider, Gera, Spörlstraße 16.
 3. Richard Hornuth, Gera, Altenburger Straße 47.
 4. Otto Schmidt, Gera, Pförtnerstraße 31.
 5. Hermann Juhl, Gera, Oststraße 5.
 6. Gustav Beyer, Gera, Oststraße 44.
 7. Hermann Schulze, Gera-Untermhaus, Viktoriastr. 25.
- Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Emil Berterlein zu richten.

Geschäftsführer-Gesuche.
Für die Filialen Meerane i. Sa. und Augsburg unseres Verbandes werden zum baldigen Antritt Geschäftsführer gesucht.

Kollegen, welche mit dem Verbande befreundet sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftstellerischen, rednerischen und redaktionellen Fähigkeiten haben und sich um die Stellen bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung, mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Gübisch, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, II, bis zum 15. September d. J. einzureichen. Zeugnisse und Vergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandszugehörigkeit. Gehalt nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Plauen pro Monat 500 Mk. Daneben wird eine Ortszulage von 20 Mk. pro Monat gewährt. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchentliche Kündigung.

Zusammenkünfte.
Mitglieder-Versammlungen.
Berlin. (Sticker.) Freitag, 5. September, abends 9 Uhr bei Elste, Wallstr. 82: Vertrauensleute.
Berkthold der Dekatore, Presser und Seidenbandpresser bei Restaurateur August Schulz, Stallstraße 29.
Dasselbst jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. jeden Monats von 2—3 Uhr nachfolgend der Unterstühungsstelle der Dekatore.
Burgstädt. Sonntag, 7. September, in der „Deutschen Flotte“. Frankenberg. Sonnabend, 6. September.
Zulba. Sonnabend, 6. September, in der Viktoria-Kanalstraße 68.
Magdeburg. Mittwoch, 3. September, im Diamantbräu, Berliner Straße.
Rohrweil. Sonnabend, 6. September, in Beyer's Restaurant, Schützenstraße.
Wittgensdorf. Sonnabend, den 30. August, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Bergschlöchen. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung, 2. Aussprache, 3. Die Landeskonferenz und Wahl der Delegierten, 4. Verschiedenes.

Der Vorstand.
Adressenänderungen.
Gau Düsseldorf: Duisburg. V. Gustav Linke, Karl-Heinrich-Straße 135.
Gau Vörrach: Horheim. Amt Waldshut in Baden. V. Albin Haufer, K. Josephine Rudigier.
Gau Augsburg: Fürth. K. Hans Wiler, Theaterstr. 52. Krumbach. K. Ludwig Groß, Kapellengasse 1.
Gau Plauen: Zwida. 1. Bev. G. Graupe, Innere Schneebergstr. 33. K. O. Kunz, Innere Schneebergstr. 33.
Gau Berlin: Finke. W. A. D. Der Vorsitzende ist zu schreiben.
Malschom. V. J. Mallom, Mühlentstr. 232. K. Ludwig Richter, Mühlentstr. 265.
Halberstadt (Neu.) V. Gern. Wagner, Kamekestr. 8. K. Elfe Rütze, Hagestr. 27.
Sonnenburg i. Neumark. (Neu.) V. Friedr. Linde, Grün-

Redaktionsklub für die nächste Nummer Sonnabend, den 30. August
Verlag: Karl Gübisch - Verantwortlicher Redakteur Paul Wagener - Druck: Bortwörte Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. - Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.